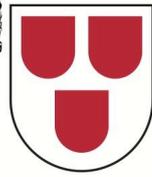




**Historischer Verein für Mittelbaden e.V.  
Mitgliedergruppe Schiltach**



## **Das Jahr 1933 in Schiltach und Lehengericht**

**von Dr. Helmut Horn**

### **Schiltach 1933**



**„Es waren doch alle dafür“  
(Aussage eines ehemaligen Schiltacher NSDAP-Mitglieds)**

Dr. Helmut Horn © 2013

**80 Jahre sind vergangen, dass auch in Schiltach der Nationalsozialismus seinen Einzug hielt.**

**Wie einfach dies damals geschehen konnte, ist dem im Schiltacher Stadtarchiv vollständig erhaltenen „Nachrichtenblatt der Gemeinden Schiltach und Lehengericht“ und der im Stadtarchiv in Wolfach aufbewahrten Tageszeitung „Der Kinzigtäler“, aus jenen Jahren zweifelsfrei zu entnehmen.**

**Im nachfolgenden Beitrag, dessen wesentliche Teile bereits im Herbst 2013 im Rahmen einer Serie im „Offenburger Tageblatt“ (Mittelbadische Presse) veröffentlicht wurden, möchte ich das Jahr 1933 in Schiltach und Lehengericht Revue passieren lassen.**

# Nachrichtenblatt

Heimatzeitung mit aml. Bekanntmachungen der Gemeinden Schiltach u. Lehengericht

Redaktion, Druck und Verlag: Buchdruckerei Homberg, Schiltach  
Erscheint jeden Samstag. - Bestellungen nimmt der Austräger  
u. die Post entgegen. - Bezugspreis monatl. 40 Pfg., einzeln 10 Pfg.

Anzeigenpreis: Der 9 1/2 cm lange Millimeterraum 8 Pfg.  
Bei Wiederholungen Rabatt. - Schluß der Inseraten-Aannahme  
jeweils Freitag mittag 12 Uhr. - Telefonanruf Schiltach 257

## Das Jahr 1933 in Schiltach und Lehengericht

### Inhalt:

- Teil 1: Am Vorabend der Märzwahl
- Teil 2: „Schutz von Volk und Staat“
- Teil 3: Gleichschaltung der Politik
- Teil 4: Gleichschaltung der Vereine
- Teil 5: Ehrenbürgerschaften
- Teil 6: Der „1. Mai“ wird braun
- Teil 7: Sonnwendfeier
- Teil 8: Wie Hitler den Bauernstand vereinnahmte
- Teil 9: Die Rolle des Schiltacher Bürgermeisters Groß
- Teil 10: Das Märchen von der Senkung der Arbeitslosigkeit
- Teil 11: Die Wahl im November 1933
- Teil 12: Vorbereitungen zur Novemberwahl
- Teil 13: 12. November 1933 – Wahl und Volksabstimmung
- Teil 14: Rückblick
- Epilog: Die Frage der Schuld

# Der Kinzigfäler

Wolfach, Dienstag, den 7. Februar 1933.

## Teil 1: Am Vorabend der Märzwahl



„Eiskalter Wind fegt durch die schneebedeckten Straßen unserer Stadt. Vor der katholischen Kirche treten die braunen Kolonnen zum Fackelzug an.“ Auf 5 Lastkraftwagen rückte die SA heran und „die braunen Kolonnen“ marschierten durch Schiltach, voran die Stadt- und Feuerwehrcapelle mit „schneidiger Marschmusik“. „An den Straßen stehen dichtgedrängt alle Bevölkerungsschichten Schiltachs, um sich dieses seltene Ergebnis nicht entgehen zu lassen. Aus vielen Häusern wurden den SA-Leuten Blumensträuße zugeworfen.“

In einem  $\frac{3}{4}$ -stündigen Marsch ging der Fackelzug durch die Hauptstraße, Bachstraße, Schrambergerstraße, Spital- und Schenkzellerstraße zum Veranstaltungssaal im „Röble“, wo ein Reichsredner namens Jungblut einen Vortrag hielt, in dem er auf die unglückliche politische Entwicklung in Deutschland, sowohl außen- wie innenpolitisch hinwies. „Der Verdienst der Wirkung des nationalen Gedankens gehöre unbedingt dem Reichskanzler Adolf Hitler, der mit unbeugsamem Willen alles ausmerzen werde, was ungesund und krank im Staate sei.“

Das geschah kurz vor der Reichstagswahl. Verbitterung über den schmachvollen Frieden von Versailles am Ende des 1. Weltkrieges, in dem Deutschland die alleinige Verantwortung für den Ausbruch des Weltkrieges übernehmen musste, die fehlende Demokratie-Erfahrung in einem zersplitterten Parteiensystem mit radikalen Rechten und Linken und letztendlich die Weltwirtschaftskatastrophe mit ihrer hohen Arbeitslosigkeit waren Nährboden für das Wachstum einer Partei, die nie einen Hehl daraus machte, dass sie diese Demokratie beseitigen wollte, die aber dem Volk wieder Ehre und Arbeit versprach.

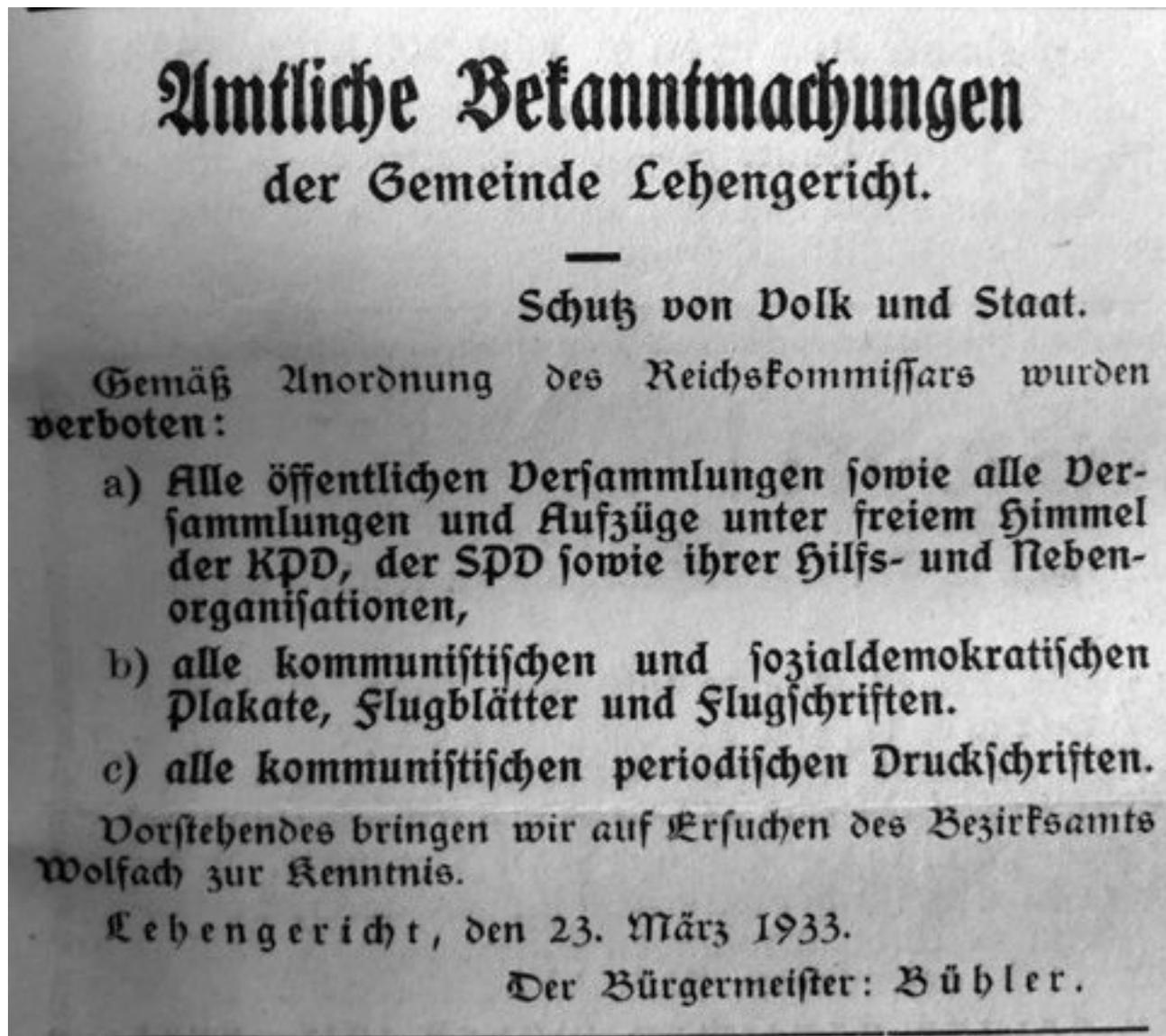
Und so war es kein Wunder, dass auch in Schiltach und Lehengericht die NSDAP ihren Erfolg festigte.

Am 5. März 1933 erhielt die NSDAP in Schiltach 514 von 1266 abgegebenen Stimmen, das waren 40,6%. Zweitstärkste Partei war die SPD mit 24,8%. In Lehengericht entschieden sich 307 von 459 Wählern für die NSDAP, das entspricht einem Anteil von 66,9%. Die SPD erhielt dort nur 15,0%. Der Rest verteilte sich auf viele andere Parteien.



Strenger Winter mit bitterer Kälte in der Bachstraße zwischen Bachbeck und Gasthaus Bären

## Teil 2: „Schutz von Volk und Staat“



Am Vorabend der Reichstagswahl von 1933 hatte die 1932 in Schiltach gegründete NSDAP noch „ergebenst“ die gesamte Einwohnerschaft von Schiltach und Lehengericht zum „Deutschen Abend“ eingeladen.

Am 25. März verkündete auf der ersten Seite des Nachrichtenblatts, der „Heimatzeitung mit amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Schiltach und Lehengericht“ der Lehengerichter Bürgermeister Bühler Folgendes:

### **Amtliche Bekanntmachungen der Gemeinde Lehengericht**

#### **Schutz von Volk und Staat**

Gemäß Anordnung des Reichskommissars wurden verboten:

- a) alle öffentlichen Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel der KPD; der SPD sowie ihrer Hilf- und Nebenorganisationen
- b) alle kommunistischen und sozialdemokratischen Plakate, Flugblätter und Flugschriften.
- c) alle kommunistischen periodischen Druckschriften

Am 1. April fand sich eine Annonce im Nachrichtenblatt, in der „zwecks Gründung einer eigenen Ortsgruppe der N.S.D.A.P.“ die Nationalsozialisten von Lehengericht auf Samstag Abend 8 Uhr ins „Gasthaus zum grünen Baum“ in Vorder-Lehengericht freundlichst eingeladen wurden. Unterzeichnet war die Annonce mit „Die Einberufer“. Ortsgruppenleiter wurde der Lehengerichter Bürgermeister Wilhelm Bühler.



In Schiltach hatte diese Funktion der ehemalige Marineoffizier und damalige Oberingenieur bei der Firma Gebrüder Junghans in Hinter-Lehengericht, August Vornfett, inne. Als Mitglied der rechtsradikalen Organisation „Consul B“ war er am Attentat auf den ehemaligen Reichsfinanzminister Erzberger mitbeteiligt gewesen und gerne verwies er auch auf seinen aktiven kämpferischen Einsatz gegen die Spartakisten. In Vertretung des Bürgermeisters Groß unterschrieb er am 10. Juni 1933 folgenden Aufruf im Nachrichtenblatt:

„Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 30. Mai ds. Js. beschlossen, daß an dem Peter- und Paul Markt und an den künftigen Märkten Juden als Verkäufer nicht mehr zugelassen werden.“

Der Weg in die nationalsozialistische Diktatur führte über den sogenannten „Gleichschaltungsprozess“. Dieser verlief in drei Phasen, die Einschränkung der Hoheitsrechte der Länder auf dem Polizeisektor, der Durchführung der „nationalen Revolution“ in Baden durch Einsetzen eines Reichskommissars und der totalen Gleichschaltung der gesamten Staatsorganisation auf Grund von Gesetzen. Wie das vor Ort geschah lesen Sie im nächsten Teil.

### Teil 3: Gleichschaltung der Politik



Am 8. April 1933 wurde im Nachrichtenblatt Folgendes bekanntgegeben:

„Aufgrund des von der Reichsregierung beschlossenen Gleichschaltungsgesetzes der Länder mit dem Reich vom 31. März ds. Js. werden die gemeindlichen Selbstverwaltungskörper (Gemeinderäte, Bürgerausschüsse) aufgelöst. Die Dienstzeit der z. Zt. im Amt befindlichen ehrenamtlich tätigen Gemeinderäte endet am 30. April 1933.“

Die Neubildung der Gremien erfolgte ohne Wahl – und zwar durch Umrechnung der bei der Wahl zum Deutschen Reichstag am 5. März 1933 in Schiltach und Lehengericht abgegebenen Stimmen.

„Die Sitze werden den Bewerbern aufgrund von Wahlvorschlägen zugewiesen, die die Wählergruppen einzureichen haben.“

Damit war die demokratische Gemeinderatswahl de facto abgeschafft.

In Baden wurde die rechtmäßige Regierung unter Staatspräsident Josef Schmitt am 09.03. durch Reichsinnenminister Frick abgesetzt und durch einen Reichskommissar der NSDAP, Robert Wagner, ersetzt. „Mit aller brutaler Strenge“, zwar nicht des Gesetzes, wohl aber eines revolutionären Regimes, ging Wagner nun gegen Sozialdemokraten und Sozialisten vor. Noch

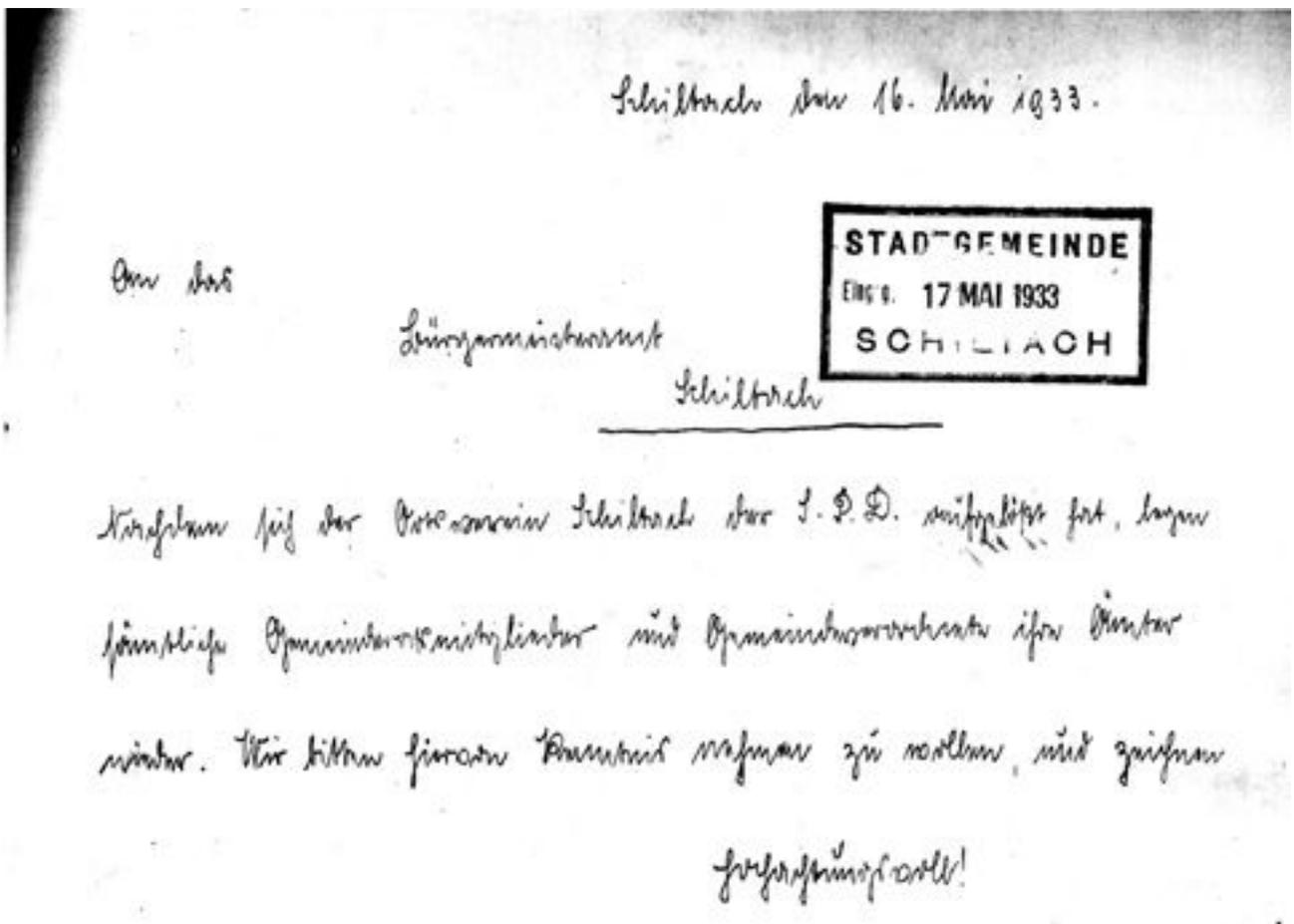
am 17. März befahl er die Verhaftung sämtlicher der SPD und KPD angehörigen Mitglieder des Badischen Landtags. Betroffen waren ebenso die Reichstagsabgeordneten aus Baden. SPD- und KPD-Druckschriften wurden untersagt.

Unter dem Druck, der auf die Sozialdemokratie ausgeübt wurde, trat das Schiltacher Gemeinderatsmitglied Postschaffner C. Wolber aus der SPD aus. Welchen Mut besaßen da die Schiltacher SPD-Mitglieder, die für die Neubesetzung des Gemeinderats trotzdem noch einen Wahlvorschlag einreichten! In Lehengericht wurde nur noch eine Liste der NSDAP eingereicht, die damit den Gemeinderat vollständig beherrschte.

Bei der ersten Sitzung in Schiltach am 19. Mai verzichteten die sozialdemokratischen Gemeinderäte und Gemeindeverordneten allerdings geschlossen auf ihr Amt. Die Gefahr, verfolgt und verhaftet zu werden, war zu groß geworden. Am 22. Juni wurde letztendlich die SPD verboten, nachdem sie ihre Parteileitung nach Prag verlegt und zum Sturz des Hitler-Regimes aufgerufen hatte.

Am 28. April wurde diesem Reichskommissar Wagner, der die Demokratie in Baden ausradierte, zusammen mit Hitler und Hindenburg „in Dankbarkeit und Verehrung“ das Ehrenbürgerrecht der Gemeinde Lehengericht verliehen.

Eine Diktatur kann sich erst stabilisieren, wenn es ihr gelingt, das gesamte öffentliche Leben zu durchdringen. Das geschah durch die Gleichschaltung aller Vereine, Handwerkskammern, Lehrervereine und Jugendbewegungen.



## Teil 4: Gleichschaltung der Vereine



**Turn-Verein Schiltach**  
e. V.

---

Gemäß Beschluß des Turnrates findet **morgen Sonntag Abend** um 8 Uhr im Vereinslokal „zum Rößle“ eine

**außerord. General-Versammlung**

statt. Tages-Ordnung: **Gleichschaltung.**

In Anbetracht der **weittragenden Bedeutung** dieser Versammlung ist die restlose Beteiligung sowohl der aktiven als auch der passiven Mitglieder **dringend erforderlich!**

Der Vorstand.

---

**Am Feiertag der nationalen Arbeit** beteiligt sich der Verein geschlossen an der Feier und tritt um  $\frac{3}{4}$  8 Uhr abends beim Vereinslokal Gasthaus „zum Rößle“ an.

**Die Teilnahme ist für Aktive Pflicht!**

Ich erwarte aber auch von Seiten der Turnfreunde recht zahlreiches Erscheinen.

Der Vorstand.

„Gleichschaltung der Vereine“ bedeutete die Wahl eines für die nationalsozialistische Idee eintretenden Vorstandes sowie die Übernahme der wirren braunen Ideen in die Vereine.

So wurden im Mai 1933 für alle Vereine in Schiltach zu außerordentlichen Generalversammlungen zum Thema Gleichschaltung aufgerufen.

So schrieb zum Beispiel der Vorstand des Turnvereins: „In Anbetracht der weittragenden Bedeutung dieser Versammlung ist die restlose Beteiligung der aktiven als auch passiven Mitglieder dringend erforderlich.“

Die „Festgedanken“ des Turnertums konnte man im Juni im Nachrichtenblatt lesen:

„Nach dem Willen ihres ersten Führers Neuendorff soll die Turnerjugend in vorderster Kampffront stehen mit all denen, die unsere Jugend zur Einfachheit, zur Härte, zu straffster Bindung an die Gemeinschaft und zum opferbereiten Dienst für Volk und Vaterland erziehen wollen. Wie einst so fordert auch die Gegenwart von jedem deutschen Menschen ein aufrechter, tapferer und treuer Kämpfer zu sein für deutsches Volkstum und deutsche Ehre.“

„Wir freuen uns der Kraft unserer großen Gemeinschaft, wir wollen Volk schaffen über den Weg unserer großen Gemeinschaft. Wir vertrauen auf unseres Volkes neuerstandene Kraft. Wir geloben überall und immer mit aller unserer Kraft einzustehen für unser deutsches Volk und für unser deutsches Vaterland.“

Der Vorstand des Ortenauer Kraftsport-Gaues wies „auf die nationale Erhebung hin“ und begrüßte es außerordentlich, „dass die Sportvereine den Marxisten aus der Hand genommen wurden, sodass endlich wieder nationaler Sport getrieben werden kann.“

Der Schwarzwaldverein betonte, dass es deshalb für ihn eine Selbstverständlichkeit sei, „sich bewusst und freudig hinter die Regierung der nationalen Erhebung zu stellen“ und dass es eine Ehrenpflicht der Mitglieder sei, „das Aufbau- und Ertüchtigungsprogramm unserer nationalen Regierung zu unterstützen.“

Die Mitglieder der Vereine wurden aufgefordert, „sich zu den Grundsätzen der nationalen Regierung zu bekennen“. Die Ortsgruppenvorstände forderte man von oben auf, „die gleiche Feststellung zu veranlassen und nötigenfalls Neuwahlen vorzunehmen.“

Der Jungdeutsche Orden sollte auch gleichgeschaltet werden, lehnte dies aber ab und wurde so kurzerhand verboten.

Die Bauern formierten sich in der nationalsozialistischen Bauernschaft, die Frauen in der NS-Frauenschaft, die Gewerbetreibenden im Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand, die Jugend wurde in Jungvolk, Hitlerjugend und dem Bund Deutscher Mädchen ideologisch auf Linie gebracht und die Stadtkapelle führte die nationalsozialistischen Umzüge an.

Die SPD-Ortsgruppe hatte sich unter dem unerträglichen Druck am 16. Mai aufgelöst, die Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold vollzog diesen Schritt schon am 14. März. Wenige Tage später, am 20.3. um 6:45 Uhr, hielt die Polizei eine Hausdurchsuchung ab, bei der die Fahne herausgegeben werden sollte. Man erklärte, sie bereits verbrannt zu haben, so überlebte sie auf einem Dachboden versteckt das NS-Regime.

## Teil 5: Ehrenbürgerschaften

# Amtliche Bekanntmachungen der Gemeinde Lehengericht.

## — Verleihung des Ehrenbürgerrechts

Der Gemeinderat hat anlässlich des Geburtstags unseres Herrn Reichskanzlers in seiner Sitzung am 19. April einstimmig

dem Herrn Reichspräsidenten S. E. Generalfeldmarschall von Hindenburg  
dem Herrn Reichskanzler Adolf Hitler und  
dem Herrn Reichskommissar Robert Wagner  
in Dankbarkeit und Verehrung das Ehrenbürgerrecht der Gemeinde Lehengericht verliehen und gleichzeitig dem Herrn Reichskanzler die besten Segenswünsche zum Geburtstage übermittelt.

Das inzwischen vom Herrn Reichspräsidenten eingetroffene Dankschreiben wird während den Veranstaltungen am Feiertag der nationalen Arbeit den 1. Mai bekanntgegeben werden.

Lehengericht, den 28. April 1933.

Der Bürgermeister: Bühler.

Am 29. April vermeldet stolz das „Amtliche Nachrichtenblatt von Schiltach und Lehengericht“, dass am 19.4. das Ehrenbürgerrecht an den Reichspräsidenten von Hindenburg, an den Reichskanzler Adolf Hitler und an den Reichskommissar Robert Wagner verliehen worden war.

Solche Ehrenbürgerschaften stellten für Hindenburg über 150 Städte aus, für Hitler gar ca. 4000 Gemeinden, für Wagner ist die Anzahl unbekannt.

Während jeder weiß, welche katastrophalen Folgen die Herrschaft Hitlers mit sich brachte, und welcher Verbrechen er sich schuldig machte, ist die Rolle von Hindenburg eher verklärt und die von Wagner weitgehend unbekannt.

80 Jahre nach 1933 ist es an der Zeit, Hindenburg nicht mehr verklärt zu sehen sondern als das, was er war: Er war nicht nur Steigbügelhalter für Hitler, er war der Totengräber der Weimarer Republik. Hindenburg, der angebliche Held von Tannenberg, der seinen Ruf weniger seinem militärischem Geschick denn seiner Fähigkeit, sich gut zu vermarkten verdankte, war die Person, die Hitler an die Macht verhalf. Er konnte damit das mit Hitler gemeinsame Projekt der „Volksgemeinschaft“ verwirklichen, der inneren Einigung des deutschen Volkes. Dass er damit die Demokratie zerstörte und dass dies mit Entzug von Freiheitsrechten und mit Morden geschah, störte ihn wenig, wobei man aber bedenken muss, dass das deutsche Volk sich freiwillig seiner politischen Freiheit entledigte.

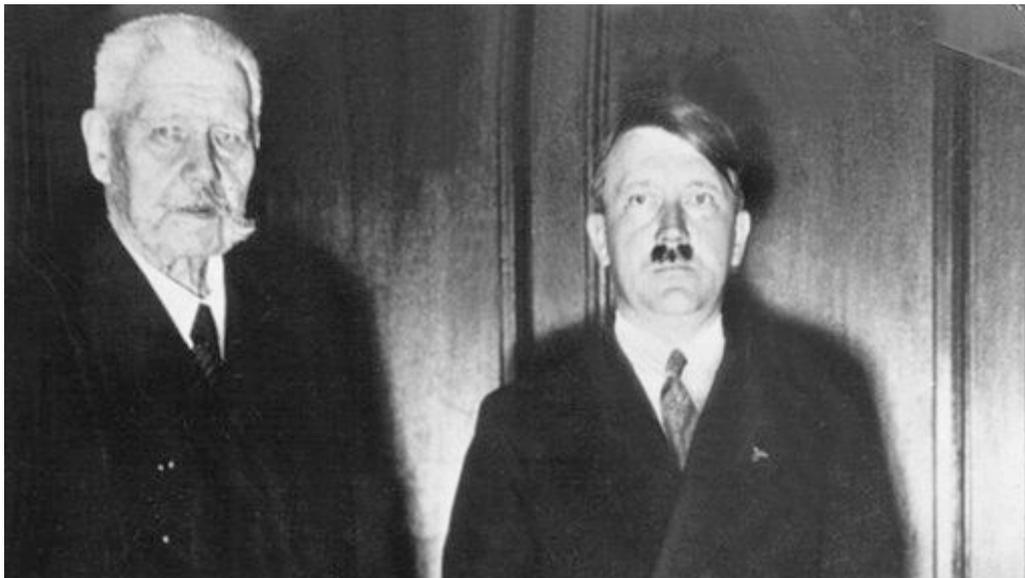


Foto: dpa

Nichts zwang den Reichspräsidenten dazu, Hitler zum Reichskanzler zu machen, erst durch den Willen Hindenburgs wurde Hitler Kanzler. Mit Hindenburgs Notverordnungen ohne Not zum „Schutze des Deutschen Volkes“ und „zum Schutz von Volk und Staat“ wurden alle verfassungsmäßigen Grundrechte außer Kraft gesetzt. Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, das Briefgeheimnis galten nicht mehr. Ab diesem Zeitpunkt war jegliche Opposition vogelfrei, das NS-Regime hatte freie Handhabe, seine Diktatur zu etablieren, Menschen aus der von Hindenburg so verehrten „Volksgemeinschaft“ auszugliedern, sie zu verfolgen, einzusperren, zu quälen und sie umzubringen. Hindenburg erließ die Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung, Kritik am NS-Regime war damit verboten. Er unterschrieb das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, das Ermächtigungsgesetz, es schaffte die Gewaltenteilung und die Republik ab.

Hindenburg war weder senil noch schwach. Er hätte die nationalsozialistische Diktatur verhindern können. Doch genau das wollte er nicht. Er schritt auch nicht gegen die ersten Repressionen gegen die jüdische Bevölkerung ein. Zur Reichstagswahl im November 1933 unterstützte er Hitler: „„Deutsche Männer und Frauen, dank der mutigen und kraftvollen Führung des am 30. Januar diesen Jahres von mir berufenen Reichskanzlers Hitler, hat Deutschland sich selbst wieder gefunden und deshalb richte ich an alle deutschen Männer und Frauen in dieser Stunde den Appell, zeigt morgen geschlossen eure Verbundenheit mit der Reichsregierung und zeigt der Welt, dass wir wiedergewonnen haben und mit Gottes Hilfe festhalten wollen: die Deutsche Einigkeit!“ Als Hitler im Sommer 1934 knapp 200 Menschen

kaltblütig liquidieren lässt, rechtfertigt Hindenburg diese Morde. Er sandte ein Glückwunschtelegramm an Hitler: „Das ist richtig so, ohne Blutvergießen geht es nicht.“

Hindenburg ermöglichte und unterstützte mit in seiner antidemokratischen und antiparlamentarischen Einstellung somit von Anfang an die Verbrechen der NS-Machthaber. Damit hat er sich an den nationalsozialistischen Verbrechen ohne Zweifel mitschuldig gemacht.

Robert Wagner, badischer Reichsstatthalter und Gauleiter, hatte in einem illegalen Putsch am 11.03. in Karlsruhe die Macht an sich gerissen und die badische Demokratie ausgeschaltet. Dies musste auch bei uns hier bekannt gewesen sein. Seine politischen Gegner ließ er teilweise in Schaufahrten durch die Straßen kutschieren. Eines der Opfer, der badische Innenminister Remmele, bezeichnete ihn später als „Sadisten“ und „sittlich verwahrlostes Objekt“. Wagner rühmte sich auch der Germanisierung des Elsaß und meldete nach erfolgten Deportationen, dass es „judenfrei“ sei. Er wurde 1946 verurteilt und hingerichtet.

Ehrenbürgerschaften werden üblich auf Lebenszeit verliehen. Sie enden mit dem Tod, bei Kriegsverbrechern mit der gerichtlichen Verurteilung. Da Ehrenbürgerschaften aber auch nach dem Tod verliehen werden, können sie auch nach dem Tod entzogen werden.

Im „Rathsprotokollbuch“ der Gemeinde Lehengericht wurden die Verleihungen an Hitler und Wagner geschwärzt. Wahrscheinlich ist das im Zuge der Entnazifizierung geschehen, als die Bücher vorgelegt werden mussten.

Bis 2013 waren die hiesigen Ehrenbürgerschaften vergessen worden. Nach Bekanntwerden reagierte die Stadt Schiltach jedoch sofort und distanzierte sich im Oktober 2013 von der Ehrenbürgerwürde aller drei Personen.

***Pressemitteilung 24.10.2013, Schwarzwälder Bote, Nina Lipp:***

*Schiltach. Der Gemeinderat distanzierte sich in seiner jüngsten Sitzung am Mittwoch einstimmig von der durch die Gemeinde Lehengericht im April 1933 verliehenen Ehrenbürgerschaften an Adolf Hitler, Robert Wagner und Paul von Hindenburg.*

*Die Liste der Ehrenbürgerschaften Adolf Hitlers ist lang. Wie rund 4000 andere deutsche Gemeinden verlieh auch Lehengericht dem damaligen Reichskanzler Adolf Hitler die Ehrenbürgerschaft, ebenso wie dem Gauleiter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) Badens, Robert Wagner, sowie Reichspräsident General Feldmarschall Paul von Hindenburg.*

*Bürgermeister Thomas Haas richtete vor der Abstimmung erläuternde Worte an das Gremium: Durch den Tod der ausgezeichneten Personen erlösche die Ehrenbürgerschaft, insofern könnten diese nicht aberkannt werden. Trotzdem halte er es für geboten, sich von den Ehrenbürgerschaften zu distanzieren. Dies geschehe erst jetzt, da dieser Umstand der Gemeinde erst 2013 durch Recherchen von Andreas Morgenstern bekannt geworden waren.*

.....

*Die Distanzierung von allen drei Personen sei "richtig, wichtig und notwendig", so Bürgermeister Haas. Dies sei ein Signal an die Bevölkerung und an die Demokratie, appellierte der Rathauschef.*

## Teil 6: Der „1. Mai“ wird braun



Nachdem Hitler im März das Parlament ausgeschaltet hatte, gingen die Nationalsozialisten gegen die mächtigste, vom Regime unabhängige Kraft vor: die Gewerkschaften. Am 1. Mai 1933 wurde in Schiltach „der Feiertag der nationalen Arbeit“ gefeiert. Dieselbe Zeremonie geschah reichsweit, in allen Städten, in allen Dörfern.

Auf den Gedanken, diesen Tag aufzugreifen, war bisher keine andere politische Gruppierung gekommen. Hitler wollte damit die Arbeiter für sich gewinnen. Es war ein genialer politischer Schachzug. Die geballte Arbeiterfaust wurde zum Hitlergruß.

Schiltach und Lehengericht feierten gemeinsam. Der Ablauf war reichsweit vorgegeben.

Um 6 Uhr wurde die Bevölkerung durch Böllerschüsse und die Stadtmusik geweckt. Um 8 Uhr war Kirchengang in der katholischen, um  $\frac{1}{2}$  9 Uhr in der evangelischen Kirche. Um 10.30 Uhr lauschte das Volk einer Rundfunkübertragung auf dem Marktplatz. Um 2 Uhr führte ein Kinderumzug zum Sportplatz, wo Vorträge, Spiele, Musikvorträge und Gesang stattfanden. Um 6 Uhr abends gab es nochmals auf dem Marktplatz eine Rundfunkübertragung. „Pünktlich abends um  $\frac{3}{4}$  8 Uhr“ stellte sich dann ein Fackelzug bei der evangelischen Stadtkirche auf, voran die Stadtmusik, es folgten die SA, die HJ, das Jungvolk, die NSDAP mit sämtlichen Nebenorganisationen, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der Arbeiterunterstützungsverein, der evangelische Jungmännerbund, der Pfadfinderbund, der katholische Gesellenverein, die Feuerwehr, die Sanitätskolonne, der Militärverein Schiltach und Lehengericht, der Turnverein, der Kraftsportverein, der Gesangverein „Eintracht“, die Spielvereinigung sowie der Schützenverein. Der Musikverein Lehengericht nahm etwa in der

Mitte des Zuges Aufstellung. Der Umzug bewegte sich durch die mit schwarz-weiß-roten und Hakenkreuzfahnen geschmückte Hauptstraße und die Schenkzeller Straße zum Marktplatz.

Um 1/2 9 musste oder durfte das Volk erneut Radio hören; dieses Mal wurde die Ansprache des Reichskanzlers übertragen. Es folgten ein Choral der Stadtmusik, eine weitere Ansprache und das Deutschlandlied. Der Abend klang im „Rössle“ für die Schiltacher und im „Aberle“ (später „Urslinger Hof“) für die Lehengerichter aus.

Schon am nächsten Tag wurden die freien Gewerkschaften zerschlagen, ihre Räume durch Rollkommandos der SA und der SS besetzt, Gewerkschafter verhaftet, das gesamte Vermögen beschlagnahmt und alle Konten gesperrt. Den Arbeitern wurde das im 19. Jahrhundert erkämpfte Recht auf Zusammenschluss zur Durchsetzung ihrer Interessen am Arbeitsplatz auf einen Streich genommen.



## Teil 7: Sonnenwendfeier



Das alte Schiltacher Strandbad am Kuhbachweg

Das von Josef Goebbels geleitete Propagandaministerium leistete gute Arbeit, die Bevölkerung für die nationalsozialistischen Ideen zu gewinnen. Umzüge, Fahnen und Feiern waren ein wesentlicher Bestandteil in der Gleichschaltung des deutschen Volkes.

Der Nationalsozialismus als totalitäres System stand naturgemäß in Gegnerschaft zu den christlichen Konfessionen. Auch wenn deren Widerstand so gut wie nicht auffiel. „Um die Lücke zu füllen, welche die zurückgedrängten Kirchen in der Gesellschaft hinterließen, wurde die nationalsozialistische Weltanschauung zu einer politischen Ersatzreligion überhöht. An die Stelle des christlichen Erlösers trat der Führer Adolf Hitler als Retter des deutschen Volks. Eine wichtige Rolle bei dieser Sakralisierung von Politik spielten Rituale und Feste. Ein solches Fest war die Sonnenwendfeier.“ (Quelle: Landesarchiv Rheinland-Pfalz)

Das Schiltacher Nachrichtenblatt verkündete das Programm für die vom Reichsinnenministerium angeordnete „Sonnenwendfeier als Fest der Jugend mit sportlichen Veranstaltungen“ am 24. Juni 1933.

Nach dem Abmarsch der Schülerinnen und Schüler zum Sportplatz, fanden dort von 8-12 Uhr Schülerwettkämpfe statt. Um  $\frac{3}{4}$  3 mussten sämtliche Sportvereine und Jugendbünde an der Bahnhofstraße antreten. Um 3 Uhr erfolgte der Abmarsch zum Sportplatz. Nach einer

Ansprache gab es Freiübungen, Reigen, Keulenübungen (Turnverein), zu gleicher Zeit Volksreigen (Evang. Mädchenkreis), sportliche Jugendkämpfe, Geräteturnen (Turnverein), gleichzeitig Gewichtheben und Ringen (Kraftsportverein). Nach der Siegerverkündigung im Dreikampf wurde das Deutschlandlied gesungen.

Abends um 1/2 9 Uhr mussten die Sportvereine und Jugendbünde auf dem Marktplatz antreten. Dieses Mal ging es auf den Schlossberg. Die dortige Feier wurde wiederum mit einer Ansprache eröffnet. Es folgte das Festspiel, ausgeführt von den oberen Klassen der Volksschule. Daran anschließend wurde ein Höhenfeuer abgebrannt und zum Abschluss das Horst-Wessel-Lied gesungen.

Am 26. Mai hatte bereits ein Höhenfeuer auf dem Schlossberg zu Ehren Albert Schlageters stattgefunden. Dieser militante Aktivist war 10 Jahre zuvor durch die Franzosen verurteilt und hingerichtet worden. Rechte Kreise machten aus ihm einen Märtyrer, die NS-Propaganda begründete einen Schlageter-Kult.



Gemeinsame Veranstaltung im Herbst 1933 von evangelischer Kirche und NS-Organisationen hinter dem Pfarrhaus, rechts vom heutigen „Martin-Luther-Haus“.

## Teil 8: Wie Hitler den Bauernstand vereinnahmte



Mit dem 1. Mai hatte Hitler die Arbeiterschaft vereinnahmt und am Folgetag die Gewerkschaften zerschlagen. Mit dem „Nationalen Erntedankfest“ band er die Bauern in seine „Volksgemeinschaft“ ein. Diese war ein zentraler Begriff der Nationalsozialisten. Die Volksgemeinschaft versprach soziale Gemeinschaft, Überwindung der Klassengesellschaft, politische Einheit und nationalen Wiederaufstieg. [In Wirklichkeit diente sie nur der sozialen Kontrolle, die sozialen Unterschiede vergrößerten sich während der NS-Zeit. Kritische und „nichtarische“ Personen konnten so auch leichter ausgegrenzt werden.]

Der Lehengerichter Bürgermeister Bühler schrieb im Nachrichtenblatt: „Wenn am 1. Mai ds. Js. jede ehrliche, treue Arbeit des Arbeiters der Stirn und der Faust gefeiert und in einer gewaltigen Demonstration gezeigt wurde, dass es keine Klassenunterschiede mehr gibt, so soll am 1. Oktober das gesamte deutsche Volk zur Erkenntnis kommen, dass der Bauernstand als Nährstand die erste Stelle im Staate einnimmt und dass der Deutsche Bauernstand dazu berufen ist, auf seiner Scholle die Ernährung des Deutschen Volkes restlos zu sichern.“

Hitler wurde zum Messias erhoben: „In erster Linie soll nun dies Fest aber auch ein Dankfest sein! Ein Dankfest zur Ehre Gottes, der uns in unserem Reichskanzler Adolf Hitler einen Retter aus tiefster Erniedrigung, aus Not und Elend gesandt hat und in diesem Jahre besonders reichliche Ernte beschert hat.“

Gefeiert wurde mit einem Festzug, an dem die gesamte NS-Bauernschaft von Lehengericht und Umgebung mit Angehörigen und Bediensteten teilnahm. Bühler erwartete zum Festzug die vollzählige Beteiligung der gesamten Land- und Forstwirtschaft treibenden Bevölkerung aus Lehengericht-Schiltach und Umgebung.

Vom Bahnhof führte der Zug, die Musikkapelle voraus, zur evangelischen Stadtkirche, wo die vorderen Bankreihen für die Bauernschaft reserviert waren. Nach dem Festgottesdienst marschierte der Zug zur Kundgebung in den Aberle-Saal. Der Nachmittag war frei, jedoch war dazu aufgerufen worden, der Rundfunkübertragung vom Bückeberg bei Hameln zu lauschen.

Hier hatte das NS-Regime in wenigen Wochen eine nationale Kultstätte und Huldigungsort für den Führer errichtet. Das Reichserntedankfest wurde neben der „1. Mai-Feier“ in Berlin und dem Reichsparteitag in Nürnberg zur größten Massenveranstaltung der Nationalsozialisten.



## Teil 9: Die Rolle des Schiltacher Bürgermeisters Groß 1933

Bürgermeister Eugen Groß gehörte zu den sogenannten „Märzgefallenen“. Nach der Reichstagswahl im März 1933 kam es zu zahlreichen Eintritt in die NSDAP. Nicht zu Unrecht wurde diesen Neumitgliedern Opportunismus unterstellt. Bürgermeister Groß, dem keine Verbrechen während der NS-Zeit nachzuweisen sind, gehörte aber mit Sicherheit zu denjenigen, die ihr Fähnchen ganz brav nach dem Wind hängten.

Er beantragte die Aufnahme in die NSDAP um Bürgermeister bleiben zu können. Da war er nicht allein, seine Kollegen aus Haslach und Hornberg vollzogen denselben Schritt. Die Bürgermeister von Alpirsbach, Hausach und Schramberg widersetzten sich dem NS-Regime und verloren prompt ihre Ämter.

Mehrere Redensauszüge von Groß sind erhalten. Die Sprache der Nationalsozialisten hatte er sehr schnell verinnerlicht.

Zur Feier des neuen Reichstages am 21. März sprach er vom Anbruch einer neuen Epoche. Der am 5. März gewählte Reichstag „sei Ausdruck der nationalen Wiedergeburt des deutschen Volkes. Damit ist eine neue Epoche angebrochen; die deutsche Nation hat in ihrer Mehrheit den Willen zur Volksgemeinschaft bekundet.“ ... „Die durch den Mehrheitswillen des deutschen Volkes berufenen neuen Führer haben mit Verantwortung und Pflichtbewusstsein das Steuer des Reiches in die Hand genommen und verdienen daher das Vertrauen des Volkes.“

Nach dem gewaltsamen Sturz der badischen Regierung und der illegalen Machtübernahme durch Reichsstatthalter Wagner zwei Wochen zuvor fragt man sich, wie blind Groß hier eigentlich gewesen war.

Anlässlich des Geburtstages von Hitler organisierte die Stadtverwaltung eine Gedenkfeier im „Rössle“. Der Redner Groß bezeichnete Hitler wörtlich als „einen Mann zähen Willens und hohen Pflichtbewusstseins“. „Die Einigung und Erneuerung des Deutschen Reiches sei das Verdienst unseres Volkskanzlers, der seine Fähigkeiten nicht nur durch die Schaffung seiner nationalen Volksbewegung erwies.“

Er lobte Hitler als Staatsmann von Format und dass dessen „hohe Führerpersönlichkeit“ das Vertrauen des ganzen deutschen Volkes verdiene.

Als Mitläufer war er damit eines der vielen Rädchen, die das nationalsozialistische System brauchte, um die totalitäre Herrschaft errichten zu können. Auf der anderen Seite fällt im Nachrichtenblatt von 1933 auf, dass er das Verkünden von bestimmten Nachrichten anderen überließ: Das Verbot von Versammlungen und linker Propaganda z. B. dem Lehengerichter Bürgermeister Bühler oder den Ausschluss jüdischer Händler von den Schiltacher Märkten dem NSDAP-Ortsgruppenleiter und Stadtrat Vornfett.

# Teil 10: Das Märchen von der Senkung der Arbeitslosigkeit



Im Nachrichtenblatt Nr. 39 von 1933 stand ein Aufruf: „Mit einer in der Welt noch nie erlebten Kraftanstrengung ist es den nationalsozialistischen Regierungen des Reiches und der Länder gelungen, dem deutschen Volk den Weg zum nationalen Glück zu öffnen. Die jähe Kurve einer ins Uferlose wachsenden Zahl von Erwerbslosen wurde nicht nur angehalten, sondern mit Mut und Tatkraft nach unten gedrückt.“

Wenn man vor Jahren mit Schiltacher Zeitzeugen über die Zeit des „Dritten Reiches“ sprach, erwähnten sie öfters auch lobend, dass der Führer die Arbeitslosigkeit bekämpft habe.

Auf dem Schiltacher Marktplatz war ein „Arbeitslosenbarometer der Stadt Schiltach“ aufgestellt worden, auf dem stolz der Rückgang der Arbeitslosigkeit vermeldet wurde.

Dieser Erfolg wurde Hitler zugeschrieben, dabei war das Ende der ökonomischen Talfahrt der deutschen Wirtschaft bereits um die Jahreswende 1932/33 erkennbar geworden. Wie auch heute war die deutsche Wirtschaft an die Weltwirtschaft gekoppelt. Der Aufschwung der Weltwirtschaft nach 1933 trug entscheidend zur Erholung der deutschen Wirtschaft bei. Die Nationalsozialisten ruhten sich auf Lorbeeren anderer aus.

Das NS-Regime griff auf Investitionspläne der Vorgänger-Regierungen zurück, Arbeitslose wurden vor allem für öffentliche Aufgaben zu Niedriglöhnen von der Straße geholt. Jedoch überschritten die Ausgaben für die zunächst getarnte Aufrüstung der Wehrmacht die Kosten für sämtliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bald bei weitem.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm und die Aufrüstung wurden durch Wechsel, Reichsanleihen und schließlich durch die Notenpresse finanziert. Das Reich verschuldete sich in einem bis dato nicht gekannten Ausmaß. Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik diente seit 1933 vor allem Hitlers vor der Öffentlichkeit geheim gehaltenen Plan: einem Eroberungskrieg im Osten, der „für die Zukunft eine endgültige Lösung in einer Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes“ bringen soll.“ (Quelle: Fragen an die deutsche Geschichte, Herausgeber: Deutscher Bundestag, Bonn 1994).



## Teil 11: Die Wahl im November 1933



Die zentrale Wahlveranstaltung unter dem von Eduard Trautwein gemalten Hitlerportrait mit Gauinspektor Schuppel und Ortsgruppenleiter Vornfett, mit den Schiltacher Bünden und Vereinen

Am 12. November 1933 wurde ein neuer Reichstag gewählt. Alle politischen Gegner waren bis dahin ausgeschaltet worden. Zugelassen zur Wahl war nur noch eine nationalsozialistische Einheitsliste, wie es in Diktaturen so üblich ist. Zugleich wurde über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund abgestimmt.

Akribisch wurde die Wahl auch in Schiltach und Lehengericht vorbereitet. Man strebte eine hundertprozentige Wahlbeteiligung und Zustimmung an. Gegenstimmen waren unerwünscht. So schrieb der Lehengerichter Bürgermeister Bühler im Nachrichtenblatt: „Wo es um die Ehre, Gleichberechtigung und Zukunft der Nation geht, wo es gilt, der Welt zu beweisen, dass wir nichts anderes wollen, als Frieden und Lebensmöglichkeit für uns und unsere Kinder, darf erwartet und gefordert werden, dass sich niemand beiseite stellt. Wer jetzt nicht mitmarschiert, übt Verrat am Vaterland!“ Auch auf der zentralen Veranstaltung auf dem Marktplatz unter dem Portrait Adolf Hitlers am Rathaus, hieß es „wer sich diesem aufrichtigen Bestreben widersetzt, ist ein Landesverräter“, was auf lebhafteste Zustimmung stieß.

Nochmals Bürgermeister Bühler in seinem Appell im Amtlichen Nachrichtenblatt: „Unser genialer Führer und hoher Ehrenbürger Herr Reichskanzler Adolf Hitler hat das Deutsche Volk aufgerufen, noch einmal durch den Stimmzettel am Sonntag, den 12. November 1933 zu antworten, ob es den von ihm beschrittenen Weg zur Freiheit, Gleichberechtigung im Rate der

Völker, den Weg zur Wiederherstellung der Ehre des Deutschen Volkes für richtig findet und mitgehen will?

Als Antwort kann es für uns nur ein einstimmiges „Ja“ geben! Wahlversammlungen finden nicht statt.“

Veröffentlicht wurden auch die Richtlinien für die Durchführung der Propaganda der NSDAP, „um auch den letzten Mann an die Wahlurne zu bringen“. Sämtliche Veranstaltungen, die nicht zur Propaganda für die Wahl dienten, waren im Nachrichtenblatt verboten worden.

Sämtliche Vereine wurden aufgefordert, Mitgliederversammlungen abzuhalten, in denen die Vereinsvorsitzenden auf die Wichtigkeit der Wahl hinweisen, was sie auch geflissentlich befolgten. Immerhin waren sie inzwischen gleichgeschaltet, d. h., die Vorstandsposten waren mit Personen nationalsozialistischer Gesinnung besetzt.



Beflaggung der Fa. Gebrüder Junghans in Hinterlehengericht, in der der Schiltacher NSDAP-Ortsgruppenleiter Vornfett als Ingenieur arbeitete

## Teil 12: Vorbereitungen zur Novemberwahl

Mit der Reichstagswahl am 12. November 1933 fand zugleich die Volksabstimmung über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund statt. Das stand zwar nur im Kleingedruckten, denn gefragt wurde der Wähler: Billigst du, deutscher Mann, und Du, deutsche Frau, diese Politik deiner Reichsregierung, und bist Du bereit, sie als den Ausdruck Deiner eigenen Auffassung und Deines eigenen Willens zu erklären und Dich feierlich zu ihr zu bekennen?



Damit das auch wirklich geschah, waren die gleichgeschalteten Vereine aufgerufen, ihre Mitglieder auf Kurs des NS-Regimes zu bringen.

So berief denn auch „die Führung“ des ev. Frauenvereins in Person von „Frau Pfarrer Schropp“ eine Generalversammlung ein, zu der Pflichterscheinen angeordnet wurde. Die Führerin der N.S.-Frauensschaft Schiltach, S. Leo, lud alle „Frauen, erwachsenen Mädchen sowie alle konfessionellen und Frauen-Vereinigungen“ zur „Deutschen Weihstunde“ in den Gemeindesaal ein. Beide Veranstaltungen dienten zur Mobilisierung der Schiltacher und Lehengerichter Frauen im nationalsozialistischen Sinne.

Ins „Bahnhofhotel“ wurden der Kraftsportverein „Deutsche Eiche“ und die Spielvereinigung Schiltach eingeladen. Es war „Pflicht sämtlicher Mitglieder durch restloses Erscheinen ihr Interesse an der für das Deutsche Vaterland so wichtigen Handlung zu bekunden.“

Der Arbeiter-Unterstützungs-Verein Schiltach lud ins Vereinslokal „Sonne“ ein und hoffte, dass alle Vereinsmitglieder sich der Wichtigkeit der Angelegenheit bewusst seien.

Der Obmann der NS-Kriegsopfer-Versorgung, Jungel, schrieb im Nachrichtenblatt, dass das Erscheinen sämtlicher Kameraden und Kriegerfrauen Pflicht sei. „Unentschuldigtes Fehlen wird geahndet“.

Auch der Vorstand des Turnvereins, A. Trautwein, lud zu einer Versammlung ein und nahm an, „dass jeder deutsche Turner sich seiner Pflicht bewusst“ sei. Im Nachrichtenblatt erschien dann kurz vor der Wahl eine Annonce: „Am Sonntag, den 12. Nov. stehen alle deutschen Turner an der Wahlurne und bestätigen ihre Treue zu Volk u. Vaterland mit einem **Ja!**“

Wenn es in Schiltach überhaupt noch einen kleinen Widerstand gab, so kann man es aus einem Artikel von Bürgermeister Groß herauslesen:

„Die Beflaggung unserer Stadt lässt besonders in der Richtung zu wünschen übrig, dass nicht, entsprechend dem Erlass des Herrn Reichspräsidenten über die Regelung der Flaggenhissung, die schwarz-weiß-rote Fahne und die Hakenkreuzflagge als Reichsfarben gemeinsam gehisst werden.“ Ein paar Schiltacher „vergaßen“ wohl, die Hakenkreuzfahne zu hissen.



Beflaggung der Vereinsbank mit Hakenkreuz und Schwarz-Weiß-Rot in Schiltach

## Teil 13: 12. November 1933 – Wahl und Volksabstimmung



Propaganda eines Schiltacher Lehrers mit seinen Schülern vor dem alten Stählin-Depot in der Schramberger Straße

Am Sonntag, den 12. November stand die Reichstagswahl und die Abstimmung über den Verbleib Deutschlands im Völkerbund an. Zur Reichstagswahl war lediglich eine Liste der NSDAP zugelassen.

Hitlerjugend (HJ), Bund Deutscher Mädchen (BDM) und die Jugendbünde beider Konfessionen bildeten Sprechchöre, die in den Tagen vor der Wahl in Aktion traten. Der Aufbau und die Durchführung lagen in den Händen von Ortsjugendleiter Moritz, dem späteren Propagandaleiter.

Das Jungvolk (JV) marschierte in den Tagen vor der Wahl durch die Straßen der Stadt und trug hierbei Plakate, die auf die Wahl hinwiesen. Am Sonnabend vor dem Wahltag marschierten die gesamten Schulkinder im gleichen Sinne durch die Stadt. Die Durchführung lag in Händen des Jungvolkführers und der Lehrerschaft.

Auch die Betriebsinhaber wurden aufgefordert, von sich aus die Belegschaft durch eine Ansprache auf die Wichtigkeit und Bedeutung der Wahl aufmerksam zu machen.

Die Bevölkerung war aufgerufen, in reichlichem Maße zu beflaggen.

Am Wahlsonntag um  $\frac{3}{4}$  7 wurde die Bevölkerung durch die Jugend unter Vorantritt eines Trommelkorps geweckt. Hierzu trat die gesamte Jugend um  $\frac{1}{2}$  7 Uhr pünktlich im Schulhof an. Die Leitung übernahm der Ortsjugendleiter Moritz.

Durch die NSDAP und die NS-Bauernschaft wurde ein Schlepperdienst organisiert. In Lehengericht stellten sämtliche Bauern ihre Fuhrwerke zur Abholung der älteren Wähler zur Verfügung.

Die NSDAP dankte nach der Wahl: „Dank auch den Wagenbesitzern und besonders unseren Aerzten, die den Schlepperdienst mustergültig durchgeführt haben.“

Die Auszählung der Stimmen fand unter Aufsicht der NSDAP statt. Die Ortsgruppenleitung der NSDAP und die Wahlkommission befanden sich am Wahlsonntag im Nebenzimmer des Gasthauses „Zur Sonne“ am Marktplatz.

**Und so sah das Ergebnis der „Reichstagswahl“ aus: In Schiltach haben sich 1414 von 1423 Wahlberechtigten an der Wahl beteiligt. Lediglich 9 Personen gaben keine Stimme ab. In Lehengericht nahmen 547 von 551 Wahlberechtigten teil, nur 4 Einwohner beteiligten sich nicht. In Schiltach wagten 80 Wähler durch ungültige Stimmen den „Landesverrat“, in Lehengericht taten dies 22.**

**An der „Volksabstimmung“ beteiligten sich in Schiltach 1417 Wahlberechtigte. 1395 votierten mit „ja“, 6 mit „nein“ und 16 gaben „ungültige“ Stimmzettel ab. In Lehengericht stimmten 548 Personen ab, davon 536 mit „ja“, 2 mit „nein“, 10 Stimmzettel waren „ungültig“.**

Die Propaganda hatte gegriffen. Das deutsche Volk, die Schiltacher und die Lehengerichter, hatten den Weg in die Katastrophe, in den Krieg, in die Zerstörung des deutschen Reiches gewählt. Weil sie nicht erkennen wollten, was zu erkennen gewesen wäre.



## Kapitel 14: Rückblick

Über 80 Jahre sind seit 1933 vergangen. Vieles war bis 2013 vergessen oder verdrängt worden. Es war eher ein Zufall gewesen, dass dieses Jahr für Schiltach und Lehengericht aufgearbeitet wurde. Zu Beginn stießen die Nachforschungen auf Skepsis, teils auch auf Widerstand, jedoch fand sich im Laufe der Monate eine Welle der Unterstützung.

Natürlich wurde gefragt, warum man „das nicht ruhen lassen kann“ oder warum man „immer wieder damit anfangen“ muss, ob wir das „aus heutiger Sicht überhaupt richtig beurteilen“ könnten und ob wir denn „ein Recht hätten, über andere zu urteilen“.

Die lebhafteste Diskussion bei der von der VHS und dem Historischen Verein im November 2013 in Schiltach organisierten Veranstaltung „1933 – Auch Schiltach wird nationalsozialistisch“ zeigte, wie wichtig es gewesen war, sich diesem Thema zu stellen.

Was 1933 in Schiltach und Lehengericht passierte, war kein Einzelfall in Deutschland und bis auf wenige Ausnahmen wird heute niemand mehr mit den Vorgängen von damals direkt belastet. Aber die Geschichte von damals kann uns eine Warnung für die Zukunft sein, dass so etwas nie wieder passieren möge. Und für manche war es auch eine Befreiung, über ein Thema sprechen zu können, das in der Familie oder in Schiltach ein Tabuthema gewesen war.

Natürlich fragt man sich heutzutage schon, warum Schiltach und Lehengericht so geschlossen in den Nationalsozialismus marschiert sind. Bei allen Vorwürfen an die maßgeblich Beteiligten jener Zeit müssen wir aber eine andere Messlatte anlegen, da wir heute aus einer gefestigten Demokratie in die Geschichte zurückblickend vieles anders bewerten können als es damals die Bevölkerung konnte.

Das deutsche Volk, die Schiltacher und die Lehengerichter, folgten bis auf wenige Ausnahmen freiwillig den Verlockungen des Nationalsozialismus.

Man stelle sich vor, es hätte einfach niemand mitgemacht. Es wäre keine Stadtkapelle bei Umzügen voraus marschiert. Es wären keine Vereine hinterher marschiert. Es hätten keine Schiltacher und Lehengerichter die Straßen gesäumt. Es hätten keine Gaststätten ihre Räume den Nazis zur Verfügung gestellt. Es hätte niemand in Schwarz-Weiß-Rot und vor allem niemand mit Hakenkreuzen beflaggt. Stattdessen hat es aber willfährige kleine Führer gegeben, die das Volk aufgestachelt haben, teilzunehmen und mitzumachen. Da gab es die Schiltacher und Lehengerichter Bürgermeister Groß und Bühler, die aus Opportunismus oder Begeisterung lokale Propaganda betrieben, da gab es Geistliche, die den neuen Messias priesen und da gab es Vereinsvorsitzende, die die Mitglieder gleichschalteten und dabei den gesunden Menschenverstand und die letzte Kritik ausschalteten. Da gab es eine Lehrerschaft, die brav den Kindern das neue Bewusstsein eintrichterte und da gab es Ärzte, Mittelständler und Fabrikanten, die im nationalsozialistischen Sinne wirkten.

Es muss uns eine Warnung sein, denn der Übergang in eine Diktatur ist fast immer derselbe.

Mit unserem heutigen Wissen können wir verhindern, dass sich jemals so etwas wie 1933 wiederholt.

## **Epilog: Die Frage der Schuld**

Im Laufe des diskussionsreichen Jahres 2013 wurde mehrmals die Frage der Schuld der damaligen Bevölkerung angesprochen. Die Kritik am Autor dieser Zeilen war, dass es ihm nicht zustehe, aus heutiger Sicht über Personen von damals zu urteilen.

Zuerst mal muss sich keine der heute lebenden, nachgeborenen Personen schuldig fühlen. Und ebenso können wir der Mehrheit der 1933er-Bevölkerung von Schiltach und Lehengericht keine Schuld an den nationalsozialistischen Verbrechen zusprechen. Aber unter keinen Umständen dürfen wir die Schuld der Aktivisten verharmlosen oder entschuldigen. Auch wenn die meisten nicht gehnt hatten, was sie damit bewirken.

Bis 1933 galt in Deutschland eine demokratische Verfassung mit demokratischen Rechten und einer Gewaltenteilung. Es gab ethische Grundsätze und auch damals galten die 10 Gebote aus religiöser Sicht. Um den Weg in die Diktatur zu ebnen, wurde die Verfassung verletzt, Gesetze und ethische Gebote gebrochen und ganz banal Verbrechen begangen.

Schiltach und Lehengericht waren ohne Zweifel Orte, an denen demokratische Gesetze nicht so sehr missachtet wurden wie in anderen Teilen Deutschlands. Jedoch wurden auch hier die freiheitlichen Grundrechte und die Menschenwürde in solch einem Ausmaß außer Kraft gesetzt, dass viele der damaligen Zeitgenossen den Missstand sahen und empfanden.

Die NSDAP war eine kriminelle Vereinigung, deren Terror und Verbrechen auch in Schiltach und Lehengericht nicht unbekannt waren. Für so dumm kann man die damalige Bevölkerung nicht verkaufen. Trotzdem traten Menschen in die NSDAP ein und übernahmen aktive Funktionen bei der Auslöschung eines demokratischen Systems. Man entzog den Schiltacher und Lehengerichter Bürgern die Grundrechte der Weimarer Verfassung, man denunzierte Bürger, man verfolgte sie, man drohte ihnen mit KZ-Aufenthalt, man schickte sie in KZs und man übergab sie der Euthanasie.

In juristischem Sinne schützt Naivität und Dummheit oder die Traumatisierung und Verrohung durch den 1. Weltkrieg sowie hohe Arbeitslosigkeit nicht vor einer Schuldigsprechung für begangenen Straftaten. Es mindert nur das Strafmaß für das begangene Unrecht.

Soweit es überprüfbar ist, sind alle hiesigen Aktivisten der NSDAP-Zeit durch eine gemäßigte Justiz nach dem 2. Weltkrieg schuldig gesprochen worden. Insofern ist es müßig, heute darüber zu diskutieren, ob sie nun schuldig waren oder nicht. Sie waren schuldig. Und ihre Strafen sind nicht nur dem Autor bekannt sondern auch im Stadtarchiv in Schiltach nachzulesen.

Nur hat man im Rahmen von Amnestien und im Willen, einen Schlussstrich zu ziehen, vielen Verurteilten Ende der 1940er Jahre den Status eines inaktiven Mitläufers gegeben. Nach dieser Beurteilung habe es in Schiltach und Lehengericht kaum aktive NSDAP-Parteigenossen gegeben. Wer die Fakten kennt weiß, dass dies mit der Wahrheit nichts zu tun hat.

Unzweifelhaft war für viele Deutsche und damit auch für Einheimische bereits schon kurze Zeit nach der Machtübernahme Hitlers kein Platz mehr für Widerstand, und wohl oder übel, ob sie wollten oder nicht, mussten sie in einem System mitmachen, das sie automatisch zu Mitläufern machte. Diese Personen sind hier nicht als Schuldige gemeint. Es sind diejenigen, die vor, während und nach der Machtübernahme zu den nationalsozialistischen Verbrechen ihren Beitrag leisteten. Auch hier in Schiltach und Lehengericht!

Und die Wähler der NSDAP haben eine Partei gewählt, die bewusst die Auslöschung der Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Ganz demokratisch hatten die Wähler den Bewahrern von Demokratie und Freiheit eine Absage erteilt. Auch der Wähler trug somit die Verantwortung für das, was er auslöste.

Viele Kritiker der Schuldzuweisung vergessen, dass es nicht um das Richten der Menschen von damals geht. Es geht um die ständige Erhaltung der Wachsamkeit von Demokraten gegen die Feinde einer Demokratie. Schon einmal haben deutsche Demokraten und deutsche Wähler dies mit fatalen Folgen missachtet. Damals fehlte den Deutschen das Vorwissen, um die Gefahren frühzeitig zu erkennen und zu bannen. Heute aber darf uns dies aufgrund unserer Vorgeschichte nie mehr passieren.

Das allein ist die ganze Intention der vielen Arbeit, die in der Aufarbeitung der Vorgänge jener Zeit steckt. Nicht um mit dem Finger auf damals handelnde Personen zu deuten.

Die Demokratie ist ein zartes Pflänzchen, das immer in Gefahr ist, wieder zertreten zu werden. Man muss es hegen und pflegen, damit es nicht ein Opfer menschlicher Triebe wird. Und man schaue nur hinaus in die Welt um zu sehen, dass Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte eher die Ausnahme als die Regel ist. Wer Augen hat zu schauen, der sieht, dass diese Freiheiten auch heute in Deutschland von rechts und links ebenso wie von religiösen Fundamentalisten bekämpft werden. Noch immer fallen ihrem Extremismus und Rassismus Menschen zum Opfer. Und leider finden ihre politischen Ableger noch immer Wähler.

Wenn wir diesen Zerstörern von Demokratie und Menschenrechten die Schuld absprechen oder sie verniedlichen, tun wir das genauso bei potentiellen Feinden. Und genau auf diese Weise gefährden wir das, was uns heilig ist, unsere Freiheit und unsere Grundrechte, die uns in unserer Verfassung, in Artikel 1 des Grundgesetzes zugesichert werden:

## **Artikel 1**

***(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.***

***(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.***

***(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.***

Mögen auch Sie nach diesen Zeilen darüber wachen, dass nie wieder jemand die Macht erlangt, uns den Artikel 1 unseres Grundgesetzes zu nehmen!

**„Die Demokratie ist immer in Gefahr. Besonders in Europa.“ ... „Sie lebt von der Krise.“ ... „Sie muss jeden Tag aufs Neue hervorgebracht werden.“**

*Ágnes Heller, ungarische Philosophin, in: Europas Weg in den Faschismus, Zeitgeschichte Nr. 3 2013, 79.*

**Dr. Helmut Horn, Schiltach, ©2014**

*Sofern nicht anders vermerkt, sind alle verwendeten Fotos im Bestand des Stadtarchivs Schiltach.*

*Repros: Dr. Helmut Horn.*